



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

„Die Revolution ist nicht die Demokratie“, erklärte der tunesische Interims-Ministerpräsident Béji Caïd Essebsi jüngst in einem Interview mit dem Wochenmagazin *Jeune Afrique*. Hinter dieser für manche mitunter banal wirkenden Feststellung verbirgt sich eine durch die Realität dieser Wochen und Tage geprägte Erfahrung. So euphorisch und mitreißend die Bilder vom Tahrir-Platz in Kairo und von der Avenue Bourguiba in Tunis waren, die den Beginn einer neuen politischen und gesellschaftlichen Zeitrechnung einläuteten, so deutlich wird auch, dass nun der lange Weg durch die Ebene folgt. Er wird hoffentlich erfolgreich sein. Ganz sicher jedoch ist er mühsam und nicht frei von Rückschlägen.

Das Verfassungsreferendum vom März in Ägypten war ein deutliches Zeichen für den beginnenden Aufbruch. Parlamentswahlen werden im September stattfinden, Präsidentschaftswahlen bis Ende des Jahres. Die Weichen für den politischen Prozess sind damit gestellt, wenngleich insbesondere aus den Reihen der sich neu formierenden politischen Kräfte Kritik an diesem frühen Wahltermin zu vernehmen ist. Nicht anders in Tunesien. Hier ist die Entscheidung gefallen, im Juli eine Nationalversammlung zu wählen, die dann in einem sicherlich mehrere Monate umfassenden Verfahren eine neue Verfassung der Zweiten Republik erarbeiten wird.

In beiden Ländern verliefen und verlaufen die Diskussionen über das neu zu gestaltende politische System engagiert, kontrovers, dynamisch. Trotz mancher Frustrationen ist dieser Prozess vielversprechend und notwendig, damit die Menschen Vertrauen in rechtsstaatliche und demokratische Strukturen erlangen können. Deutschland und Europa haben allen Grund und jede Verpflichtung, beide Länder auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen.

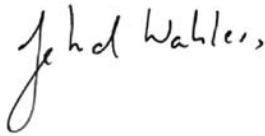
Parallel dazu zeichnen sich weitere Entwicklungen in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas ab, die uns nachdenklich stimmen. Die Proteste im Jemen, in Syrien, in Bahrain, aber vor allem die anhaltenden Kampfhandlungen in Libyen werden weitreichende, noch nicht absehbare Konsequenzen haben. Die Ereignisse in allen Ländern der Region lehren uns, dass autokratische Systeme ihr Fortbestehen nicht mehr länger auf Repression und Einschüchterung aufbauen können, insbesondere wenn sie zudem an ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stoßen.

Ob die Verhältnisse jedoch durch militärische Interventionen des Westens nachhaltig verändert werden können, ist ungewiss. Die Bundesregierung hat bereits vor Wochen erhebliche Summen für die Politischen Stiftungen bereitgestellt. Damit trägt sie der besonderen Rolle und Leistungsfähigkeit der etablierten Politischen Stiftungen in demokratischen Transformationsprozessen Rechnung. Ich sehe darin nicht nur eine Bestätigung ihrer Arbeit, sondern auch eine Pflicht und Verantwortung.

„Umbruch in Nahost begleiten“, so haben wir ein Thesenpapier überschrieben, das die Grundlagen unseres Wirkens in der Region in den kommenden Jahren benennt.¹ Es erschien im Februar 2011, während sich die Ereignisse in Nordafrika und Nahost überschlugen. Wir werden die Umbrüche begleiten und dabei unsere langjährige Erfahrung in der Region einbringen. Wir werden auch Bemühungen unterstützen, die Lebensverhältnisse in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens so zu verbessern, dass die Menschen eine Perspektive auf ein Leben in Demokratie und Wohlstand sehen. Oft erkennen sie diese verlockenden Aussichten allein im Ausland.

1 | Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), „Umbruch in Nahost begleiten. Thesenpapier zur politischen Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens/Nordafrika“, in: <http://kas.de/wf/de/33.21629> [04.05.2011].

Unter Einsatz ihres Lebens überqueren in diesen Tagen tausende Flüchtlinge das Mittelmeer. Während Europa einmal mehr um eine gemeinsame Linie ringt und Migration wieder nicht als Chance, sondern als Gefahr begreift, fehlen die zu allem entschlossenen, meist jüngeren und höher gebildeten Flüchtlinge in ihrer Heimat. Dort werden sie gebraucht, um den Umbruch zu gestalten, nicht nur in der Politik. Mutiges, freies Unternehmertum muss zu wirtschaftlichem Aufschwung und Konsolidierung führen – eine wichtige Grundlage für eine funktionierende Demokratie.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär
gerhard.wahlers@kas.de